Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Vereinsgeschäfte Behörden 18), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 3316. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 247. Donnerstag, den 22. Oktober 1931. 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Aufgebot.

Der Metallarbeiter **Oskar Reznicek** in Niederschlema, Hauptstr. Nr. 40 F, hat beantragt, den verschollenen, am 29. August 1878 in Trautenau (Tschechoslowakei) geborenen Former **Heinrich Reznicek**, tschechoslowakischen Staatsangehörigen, zuletzt in Radiumbad Oberschlema wohnhaft, mit Wirkung für diejenigen Rechtsverhältnisse, welche sich nach den deutschen Gesetzen bestimmen sowie mit Wirkung für das in Deutschland befindliche Vermögen des Verschollenen **für tot zu erklären.**

Der obengenannte Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, den 25. Mai 1932, vorm. 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskünfte über Leben und Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen. GR 545/31

Amtsgericht Schneeberg, den 17. Oktober 1931.

In das Handelsregister ist heute das Erlöschen der Firmen **R. Emil Müller, Metallwarenfabrik** in Lößnitz i. Erzgeb., auf Blatt 258, **Georg Sack, Groß- und Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie Gemüse, Obst und Südfrüchten** in Lößnitz i. Erzgeb., auf Blatt 237, und **Willy Weigel, Schürzen- und Wäschefabrik** in Oberpfannenstiel i. Erzgeb., auf Blatt 251 eingetragen worden.

Amtsgericht Lößnitz, am 20. Oktober 1931.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden

Die Wahrheit über Braunschweig.

Zusammenbruch einer unerhörten Hetze.

Die Oeffentlichkeit ist gewiß eine Nacht Hetzereien gegen die NSDAP. gewohnt. Was sich aber in dieser Hinsicht die bürgerliche und marxistische Linkspresse im Zusammenhang mit der Braunschweiger Tagung der 100 000 Braunhemden am vergangenen Sonntag geleistet hat, geht auf keine Kuhhaut. Darnach war Braunschweig ein Hexenkessel, in welchem das Blut in Strömen floß. Die Alleinschuldigen seien die Hitlerleute gewesen, die wie Berserker über die „Andersdenkenden" hergefallen seien und ganze Stadtteile zerstört hätten. Der Reichsinnenminister wurde in verlogenen Telegrammen der örtlichen Organisation der SPD. aufgefordert, dem Blutvergießen in Braunschweig durch den Einmarsch von Reichswehr Einhalt zu gebieten, und von der Journaille bei Mosse und Ullstein wurde die Reichsexekution gegen das Land Braunschweig als etwas Selbstverständliches verlangt.

•

Der Minister Groener hat daraufhin zunächst einmal den Garnisonältesten in der Stadt Braunschweig zur Berichterstattung zu sich bestellt. Der brave Oberst Geyer, der sich an den kritischen Tagen auf die Straße begeben hatte und als Augenzeuge durchaus einwandfrei ist, hat sich keineswegs geniert, der Hydra der ungeheuerlichen Hetzpropaganda sämtliche Hälse abzudrehen. Er hat klipp und klar gesagt, die Angreifer seien die Marxisten gewesen, die Braunhemden dagegen hätten in der Notwehr gehandelt, und im übrigen erklärt, daß die Vorfälle übermäßig aufgebauscht worden seien.

•

Natürlich sind die durch den Bericht wieder einmal bis auf den Nabel blamierten Hetzapostel mit dem die Wahrheit liebenden Obersten Geyer durchaus unzufrieden. Sie meinen, der Mann habe, „wie es seiner Stellung entspricht, die Vorgänge vom militärischen und nicht vom politischen Standpunkte aus beurteilt", und sein Bericht sei mehr für den Reichswehrminister Groener und nicht für den Reichsinnenminister Groener bestimmt gewesen. Zugleich wird dem Minister ganz leise der Vorwurf gemacht, er hätte doch einen †††-Soldaten nicht mit einem solchen Bericht betrauen sollen. Allerdings werden ihm, der sich ja bekanntlich warmer Sympathien bei der Linken erfreut, im gleichen Atemzuge mildernde Umstände zugebilligt, denn, so erklärt man, es gäbe ja leider in Braunschweig weder einen Landesfinanzamts- noch einen Oberpostdirektionspräsidenten, die als hohe Reichsbeamte zur Berichterstattung hätten herangezogen werden können. (!!)

•

Die Pressepiraten sind also gründlich entlarvt worden, was den Anlaß dafür geben wird, daß ihre blutrünstigen und verlogenen Hetzereien in der deutschen Oeffentlichkeit in Zukunft noch weniger ernst genommen werden, als es bisher schon der Fall war. Damit ist aber das Kapitel über sie nicht abgeschlossen, denn das Lumpengesindel tut dem deutschen Ansehen und damit der deutschen Wirtschaft im Auslande ungeheuren Schaden. Dort pflegt man ja jede Verleumdung, auch wenn sie noch so offensichtlich ist, gegen Deutschland auszuwerten. Es wäre eine dankbare Aufgabe für Herrn Minister Groener, wenn er einmal in dieser Hinsicht aufräumen würde. Solange das nicht geschehen ist, wird sein guter Wille, Ordnung und Ruhe zu schaffen und zu erhalten, vergeblich sein.

•

Der Bericht des Obersten Geyer.

Berlin, 20. Okt. Reichsinnenminister Groener hat den Standortältesten von Braunschweig, Oberst Geyer, nach Berlin gebeten, um sich Bericht über die Vorgänge anläßlich der nationalsozialistischen Tagung erstatten zu lassen.

Der Bericht des Garnisonältesten besagt, daß der Aufmarsch der Nationalsozialisten schon mehrere Tage vor dem 17. Oktober durch Zeitungsartikel, Plakate usw. eine gewisse gereizte Stimmung verursacht habe, die u. a. dazu geführt habe, daß ihm ein Redakteur das falsche Gerücht von der Erklärung des Belagerungszustandes zugetragen habe. Da jedoch die Polizei vollkommen Herr der Lage gewesen sei, sei eine militärische Vorsorge besonderer Art nicht gegeben gewesen. Auch am 17. Oktober sei ein solches Vorgehen nicht notwendig gewesen, obwohl bekannt geworden war, daß auch die Gegner der Nationalsozialisten Zuzug von auswärts bekommen hatten und es bereits Schlägereien mit Verletzten gegeben habe. Am Abend des 17. Oktober habe ein Fackelzug von 6000 Nationalsozialisten, der durch die Haupt- und Nebenstraßen geführt habe. Niemand habe Bedenken gehabt, auch Frauen und Kinder dem Fackelzug zuschauen zu lassen. Zu ernsthaften Zwischenfällen sei es nirgends gekommen. Auch sämtliche Veranstaltungen des nächsten Tages verliefen außerordentlich diszipliniert, wenn auch durch das damit verbundene lange Warten und durch gelegentliche Ueberfälle auf Nationalsozialisten an einzelnen Stellen und vorübergehend eine gesteigerte Spannung entstanden sein muß. Von der anderen Seite nicht von Nationalsozialisten — war das Pflaster aufgerissen worden, um Material zum Werfen zu gewinnen. Die Angriffe seien dann von den Nationalsozialisten mit einem Einsetzen von Sturmabteilungen auf einzelne Häuser beantwortet worden, und zwar, weil aus diesen Häusern mit Steinen geworfen worden sei. Der Bericht sagt dann weiter: „Am kritischsten wurde die Lage am 18. zwischen 5 und 6 Uhr abends, die Polizei blieb aber vollkommen Herr der Lage, und Waffengebrauch ist an keiner Stelle nötig gewesen. Wenn schließlich die Zahl der Verletzungen verhältnismäßig hoch wurde — bis Montag wurden zwei Tote und 60 Verletzte gezählt —, so ist das auf die außerordentlich große Teilnahme zurückzuführen. Die Einsetzung von Reichswehr war in keinem Falle notwendig.

• • •

Neue kommunistische Ausschreitungen.

Braunschweig, 20. Okt. In der vergangenen Nacht kam es in der Innenstadt wieder zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Kommunistentrupps durchzogen die Straßen und bedrohten die Geschäftsleute, die am Tage des SA.-Treffens die schwarzweißrote und die Hakenkreuzfahne gehißt hatten. In einer Kaffeestube „Im Sack" wurden die Fensterscheiben zertrümmert, weil der Inhaber Nationalsozialist ist; ebenso wurden die Scheiben in einem Geschäft in Langerfeld eingeworfen. In der Wendenstraße kam es zu einem kommunistischen Ueberfall auf Nationalsozialisten. Hierbei fielen auch Schüsse. Von einer Kugel wurde die unbeteiligte Arbeiterin Elfriede Bolte getroffen, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Die Polizei griff ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

• • •

Essen, 20. Okt. Heute abend gegen 6 Uhr wurde im Stadtteil Borbeck eine Polizeistreife, bestehend aus acht Beamten, von etwa 200 Personen angegriffen, mit Steinen beworfen und beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Als Verstärkung eintraf, konnte die Menge zerstreut werden. Verletzt wurden drei junge Leute, die dem Krankenhaus zugeführt wurden. Fünf Personen wurden festgenommen.

Der Aufmarsch in Braunschweig in englischem Licht.

Die Hitler-Bewegung das wichtigste Element der öffentlichen Gefühlsbewegung.

London, 20. Okt. Die „Times" widmen der „konstitutionellen Diktatur" in Deutschland einen Leitartikel, der sich durch einen völligen Umschwung gegenüber den Nationalsozialisten kennzeichnet. Einleitend stellt das Blatt fest, daß der Reichskanzler Brüning eine neue parlamentarische Technik eingeführt habe. Auf Grund des Artikels 48 habe er die drastischsten Beschränkungen der Freiheiten des deutschen Staatsbürgers durchgeführt. Er habe die Rechte der freien Rede und die Versammlungsfreiheit beschränkt, er kontrolliere die Methoden des Geschäftslebens und lege die Höhe der Gehälter und Löhne fest, die der einzelne verdienen darf. Er beschränke die Zuständigkeit des Reichstags absolut und habe das Anwendungsgebiet der Macht des Reichstags auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Die Sitzungsperioden des Reichstags seien unter dem Regime Brünings immer kürzer geworden, und zuletzt sei dem Reichstag nur noch übrig geblieben, Ja oder Nein zu sagen zu alledem, was die Regierung getan hat.

„Times" stellen dann fest, daß die Gefahr für die Brüning-Regierung von den Nationalsozialisten her drohe. Man müsse es anerkennen, daß die Reden der Nationalsozialisten sich durch Mäßigkeit ausgezeichnet haben. Sie hätten z. B. eine endgültige Erklärung zugunsten einer Verständigung mit Frankreich abgegeben, und es bestände kein Grund zu der Annahme, daß dieser Gefühlsausdruck etwa unehrlich gewesen wäre, obwohl man der französischen öffentlichen Meinung verzeihen müßte, wenn sie sich nicht sofort überzeugen ließe. Die Ansichten und Anweisungen der nationalsozialistischen Führer zeigten immer mehr und mehr Mäßigung, je näher sie an ihr Ziel gelangen, Deutschland zu beherrschen. Die Parade in Braunschweig sei eine bemerkenswerte Kundgebung realer Macht und der Disziplin, des Ernstes und des Vertrauens gewesen. Diese Disziplin sei vielleicht einer besseren Sache wert, und das Vertrauen sei vielleicht falsch angebracht; aber die Hitler-Bewegung sei nicht mehr das inhaltlose Ueberschäumen unverantwortlicher junger Leute, sie stelle vielmehr unzweifelhaft im Augenblick das wichtigste Element der öffentlichen Gefühlsbewegung dar, das der Reichskanzler berücksichtigen müsse.

• • •

Noch ein Mord an einem Nationalsozialisten.

Wolfenbüttel, 20. Okt. Die Unruhen in Braunschweig haben auch auf Wolfenbüttel übergegriffen. Kriminalbeamte fanden in der Nacht zum Dienstag auf einem Eisenbahndamm den 17jährigen Friseur Wilhelm Rohde tot auf. Bei der näheren Untersuchung wurde festgestellt, daß Rohde, der der nationalsozialistischen Jugend angehört, durch Messerstiche und Schüsse so schwer verletzt worden war, daß er bald danach gestorben sein muß. Der Tote wurde dann von seinen politischen Gegnern auf den Eisenbahndamm geschleppt, um ihn von dem nächsten Eisenbahnzuge überfahren zu lassen. Auf diese Weise sollte ein Selbstmord vorgetäuscht werden. Diese Absicht mißlang aber, weil der Tote vor dem Eintreffen des Zuges aufgefunden wurde. Die Zahl der Todesopfer der politischen Krawalle beläuft sich damit auf drei.

• • •

Hannover, 20. Okt. Die 150 Nationalsozialisten, die auf der Rückfahrt von Braunschweig in Hannover wegen Uebertretung des Uniformverbots festgenommen wurden, sind zum größten Teil freigesprochen worden, weil der Richter der Meinung war, daß das Tragen der Uniform unter dem Mantel nicht strafbar sei.

• • •

Berlin, 20. Okt. Die „Tägl. Rundschau" nimmt folgendermaßen Stellung zu der Erklärung des Reichsinnenministers Groener: Der Reichsinnenminister hat gesagt, es müsse eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen Selbstdisziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern. Gewiß; der Reichsinnenminister möge jedoch nicht vergessen, daß diese Bitte von den Kommunisten nicht erfüllt werden wird. Der Christliche Volksdienst hat im Preußischen Landtag vor mehr als einem halben Jahr von Minister Severing eine statistische Uebersicht über die Mordtaten verlangt. Das deutsche Volk hat ein Interesse daran, zu wissen, wer der Urheber der ständigen Mordtaten und Schlägereien ist, damit die Kräfte auch in der richtigen Weise eingesetzt werden. Der Volksdienst wünscht dringend, daß der Reichsinnenminister Groener die Gefährdung der Ordnung nicht nur auf einer Seite sieht. Er ist der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung in viel stärkerem Maße gegen die Unsicherheit auf den Straßen und die Vernichtung der öffentlichen Moral einschreiten muß, vor allem gegenüber den Kommunisten, auf deren Konto die Mehrzahl der politischen Ermordungen zu setzen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.